

Emissionsreiche, tierische Lebensmittel und deren Herstellung profitieren derzeit stark von öffentlichen Geldern. Innovative, pflanzliche Produkte sind dadurch im Wettbewerb deutlich schlechter gestellt, obwohl sie in der Mehrzahl zahlreiche Vorteile für Umwelt und Gesundheit bieten. Des Weiteren sind viele Verbraucher*innen aus gesundheitlichen oder ethischen Gründen auf pflanzliche Optionen angewiesen. Steuerliche Benachteiligungen, wie beispielsweise die im Vergleich zur Kuhmilch erhöhte Mehrwertsteuer für Pflanzendrinks, sind nicht mehr zeitgemäß und müssen dringend abgeschafft werden.

Des Weiteren sollte sich Deutschland stärker dafür einsetzen, wie 2021 schon vom Bundesrat vorgesehen, dass im europäischen Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch pflanzliche Kuhmilchalternativen aufgenommen werden, sodass Kindern und Jugendlichen eine Wahlmöglichkeit geboten wird. Parallel dazu muss Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und das Angebot im Rahmen nationaler Möglichkeiten bzw. auf Länderebene erweitern.

Generell sollten pflanzliche Gerichte und Optionen in der öffentlichen Verpflegung, wie in Krankenhäusern, Schulen, Kantinen und Universitäten, gestärkt werden. Außerdem sollten angereicherte pflanzliche Kuhmilchalternativen in das öffentliche Beschaffungswesen sowie Förderprogramme aufgenommen werden.

Während sich bei gesundheitlicher Kennzeichnung schon einiges tut, stecken Umwelt- und Klimakennzeichnungen noch in den Kinderschuhen. Wir fordern im Angesicht der Herausforderungen durch die Klimakrise, dass die produktsspezifischen Auswirkungen auf Klima und Umwelt transparent offengelegt werden und in einer verpflichtenden Klimakennzeichnung von Lebensmitteln an Konsument*innen kommuniziert werden. Eine Reihe von Lebensmittelunternehmen hat sich zu diesem Zweck schon in der Initiative „Together for Carbon Labelling“ zusammengefunden und setzt sich gemeinsam für eine Branchenlösung ein.

Oatly fordert die Berücksichtigung all dieser Punkte in der zukünftigen Politikplanung und plädiert dafür, diese Ziele in einem „Pflanzlichen Aktionsplan“, wie ihn schon Dänemark 2023 etabliert hat, zu verankern.